



15.08.2013: Regelmäßig wird die Sau „Erhöhung des Renteneintrittsalters“ durchs mediale Dorf gejagt. Wer eine Zahl über 67 nennt, wird von „BILD“ bis „Focus“ zum Experten geadelt. Kann er demographischer Faktor buchstabieren, bezweifelt niemand seinen Dokortitel. In das Horn tutete nun auch Handwerkspräsident Kentzler, dem es vorschwebt, wegen Fachkräftemangels bis 70 arbeiten zu lassen. Um hier mal einzuhaken: Es fehlt nicht an Menschen im arbeitsfähigen Alter. Es fehlt aber an einer Schule, die Kindern und Jugendlichen allseitige Bildung vermittelt, die zu mehr befähigt als zum Funktionieren bei der Ausbeutung der Arbeitskraft. Im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten schafft nicht mal letzteres ein Bildungswesen, das mit Ausgaben von 4,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes noch hinter Portugal, Polen oder gar Mexiko rangiert. Dann findet ein Drittel keinen Ausbildungsplatz, 2012 rund 275 000 von 825 000 an einer Ausbildung Interessierten. Da offiziell nur 16 000 unversorgt blieben, geht ein Großteil in Warteschleifen. Zu alt geworden für diese, landen sie dann bei den 15 Prozent der Menschen (mittlerweile 1,5 Millionen) zwischen 25 und 35 Jahren ohne berufsqualifizierenden Abschluss, die mehrheitlich in keiner Arbeitsmarktstatistik auftauchen.

Hier ist ein riesiges Reservoir potentieller Fachkräfte. Aber da müsste man Geld in die Hand nehmen, Ausbildungsplätze schaffen, existenzsichernde Vergütungen bezahlen und die Übernahme garantieren. Die verbreitete Beschäftigung von Auszubildenden als billige Arbeitskräfte löst Herrn Kentzlers Problem so wenig wie eine Rente erst ab 70. Hier ist nicht der Platz, um auf die Probleme nichtmonopolistischer Kleinkapitalisten einzugehen, die z. B. keine Möglichkeit haben, ihre Gewinne unbesteuert in ein Geflecht internationaler Holdings usw. zu verschieben. Gegen ihre Beschäftigten sichern sie aber ihre Existenz nicht dauerhaft.

Kentzlers Forderung unterstützen alle, die mit höherem Renteneintrittsalter weitere Rentenkürzungen durchsetzen wollen: Die Unternehmer, denen jede Senkung des Rentenversicherungsbeitrags Milliarden in die Kassen spült, und die Finanzwirtschaft, die sich ein bisher ungenutztes Potential von 250 Milliarden Euro für ihre Profitmacherei erschließen will. Das Lieblingsschlagwort der professoralen Propagandisten ist der demographische Faktor. Nach deren Logik wären wir längst verhungert, kamen doch vor 100 Jahren auf einen Bauern nur vier weitere Esser, heute aber 49, ohne dass wir vom Fleisch fallen. Die gestiegene Produktivität macht's möglich. Und darüber schweigen die „Experten“, die jede Frucht von deren Wachstum in den Kassen der Banken und Konzerne sehen wollen. Ginge es nach den Arbeitenden selbst und wäre es von finanziellen Aspekten unabhängig, würden 53 Prozent

Von der Schule in die Warteschleife

Kategorie: Der Kommentar

Veröffentlicht: Donnerstag, 15. August 2013 23:52

spätestens mit 60 in Rente gehen, mit 65 und älter nur rund neun Prozent. Die wenigsten können sich vorstellen, angesichts der gesundheitlichen Belastungen im Job bis 65 oder gar 67 zu arbeiten. Die Gewerkschaften tun gut daran, die Rentenfrage vor der Bundestagswahl stärker zu thematisieren, ob bei Kandidatendiskussionen oder bei den geplanten Aktionstagen der DGB-Landesbezirke.

Die DKP fordert Arbeitszeitverkürzungen und begründet sie. Dazu zählt auch die Rente mit 60, ohne Abschläge. Die gestiegene Produktivität macht auch das zu Lasten der Profite möglich.

Kolumne von Volker Metzroth in der UZ vom 16.08.2013

[Jetzt ein UZ-Probeabo bestellen...](#)